

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16
Fernsprecher Nr. 8300 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Riesenkampf der Grubenflaven

Die Grubenbarone, die sich seit zehn Jahren in ungehörter Weise bereichert haben, denen der Krieg wahnsinnige Profite brachte, die leider in der Revolutionszeit nicht zur Stützung des zusammengebrochenen deutschen Staatswesens erfasst wurden, haben jetzt den Kampf gegen die Arbeiterklasse aufgenommen. 600 000 deutsche Bergarbeiter liegen seit Wochen als ausgeperrte auf der Straße. Im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, Sachsen und Oberösterreich ist die Arbeitsruhe eine vollständige. Weite Kreise der weiter- und fertigerarbeitenden Industrie sind mit in den Strudel gerissen. Betriebsstörungen und Stilllegungen, besonders in der Hochofenindustrie, sind die naturnotwendigen Folgen. Der Kohlemangel macht sich überall bemerkbar und zeigt auch schon seine üblen Auswirkungen auf die Preisgestaltung. Das mühsam sich aufrichtende Wirtschaftsleben empfängt einen neuen schweren Schlag.

Die Bergarbeiter sind ausgeperrt, da es den Zechenherren gelüftet, sich ungehinderte Herrschen über Leben und Tod der Grubenflaven zu verschaffen. Die Herrschaften können sich den Luxus leisten, da sie sich ja der Unterstützung des deutschen nationalen Industriekreises und derzeitigen Reichsinnenministers Dr. Jarres erfreuen. Wie dieser Herr denkt, geht aus einem Gespräch hervor, das er mit einem Redakteur des Duisburger Generalanzeigers führte. Das Blatt berichtet darüber:

Die streikende Arbeiterklasse sei sich offenbar des Ernstes der Lage nicht bewusst. Es genüge nicht, zu sagen, wir wollten das Sachverständigenrat annehmen, bemerkte Dr. Jarres, man müsse sich vielmehr auch darüber klar werden, daß die ungeheuren Reparationsverpflichtungen die Anspannung aller Kräfte sowie harte Entbehrungen notwendig machten. Der Bergbau im Ruhrgebiet habe unter den Wicumbverträgen so sehr gelitten, daß ihm nicht zugemutet werden könnte, allein die Opfer auf sich zu nehmen.

Das ist ein hahnenhühneres Stück. Die Bergarbeiter streiken nicht einmal, sie sind brutal ausgeperrt worden. Ihre Forderungen sind wahrlich bescheiden. Sie verlangen eine tägliche Arbeitszeit von sieben Stunden unter Tage, eine Forderung, die jeder menschlich Fühlende als vollaus berechtigt anerkennen muß, ja die Bergarbeiter sind bereit, noch eine achte Stunde unter Tage zu verfahren, wenn die achte Stunde als Überstunde gewertet und demgemäß bezahlt wird. Alles Forderungen, die die Grubengewaltigen ohne Schmälderung ihres Besitzes tragen können. Die Zechengewaltigen gehen aber aufs Ganze. Ihnen scheint die Zeit günstig. Sie befristeten den Tarifvertrag, um einseitig die Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Der Ausbeutungszwang des Zechenverbandes trieb dazu. In der Lohnfrage das nämliche. Durch Schiedssprüche wurde festgestellt, daß rückwirkend vom 15. April ab die Löhne um 15 v. H. erhöht werden sollten und daß bis zum 1. Oktober acht Stunden gearbeitet werden sollte. Die Zechenherren erklärten, daß sie die Lohnerhöhung nicht bewilligen und selbst dann nicht bezahlen würden, wenn der Schiedsspruch für verbindlich erklärt würde. Der Reichsarbeitsminister Braun hätte die juristische Möglichkeit gehabt, sowohl Lohnerhöhung wie Arbeitszeitbestimmung für verbindlich zu erklären. Er durfte aber nicht den Schiedsspruch ändern und dann für verbindlich erklären. Das tat er aber aus Liebe zum Unternehmertum. Er bewilligte die Lohnerhöhung erst vom 1. Mai ab und schied den Achtstundentag statt der siebenstündigen Arbeitszeit bis zum 31. Mai vor. Ein gesetzliches Recht zu Abweichungen vom Schiedsspruch hatte der Minister nicht.

Es ist weder ein Tarifvertrag noch ein rechtsverbindlicher Schiedsspruch zustande gekommen. Die Arbeiter waren also berechtigt, die Arbeit nach sieben Stunden einzustellen. Darauf wurden sie durch die Zechenherren Knall und Fall entlassen, der Riesenkampf der Grubenflaven mit seinen furchtbaren Folgen für das Volk war da. Er kam durch die Schuld der Zechenbarone.

Beim Franzoseneinfall ins Ruhrgebiet im vorigen Jahre rief die Regierung Cuno in Gemeinschaft mit der Schwerindustrie und den Zechenbaronen die Ruhrarbeiterklasse zum passiven Widerstand auf. Die Arbeiterklasse stellte sich in den Kampf der Nation gegen fremde Unterdrückung und nahm die schweren Lasten des Widerstandes auf sich. Die Zechenherren haben inzwischen verstanden, sich ihren Vorteil zu sichern, während sie nunmehr bestrebt sind, alle Lasten aus den Wicumbverträgen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Dieses Bestreben ist so offensichtlich, daß selbst bürgerliche Blätter dagegen Stellung nehmen.

Es ist richtig, die Wicumbverträge, die die Grubenherren ja zum Teil über den Kopf der Staatsführung hinweg selbst abgeschlossen haben, zwingen die Bergwerke zu sogenannten Gratzlieferungen. Von Gratzlieferungen kann nicht gesprochen werden, Schuldner ist der Staat und mit ihm hätten sich die Zechenherren über die Abtragung und Verteilung der Lasten auseinanderzusetzen. Immerhin hat der Bergbau im Krieg und nicht zuletzt in der Inflationszeit fabelhafte Gewinne erzielt, von denen ein gut Teil eingezogen und zur Abtragung der Wiedergutmachungsforderungen verwandt werden mußte. Die Zechenherren wollen aber diese Auseinandersetzung und die Aufzollung dieses Kapitels vermeiden, sie verpflichteten sich den Franzosen gegenüber freiwillig zur Erfüllung der Wicumbverträge und gehen nun daran, alle Lasten aus diesen Verträgen auf die Schultern der Grubenflaven abzuwälzen. Wie gelangt, ist die Regierung bei dieser Tat behilflich. Hier muß die gesamte Arbeiterklasse sich bereit halten, um dem kämpfenden Grubenproletariat zur Seite zu stehen. Die verschiedenen Verhandlungsbefreibungen, die von den Regierungstellen ausgehen, müssen unter diesen Verhältnissen unfruchtbar verlaufen, da

nicht eine dieser Stellen neutral oder gerecht handelt, sondern unterschiedslos auf Seite der Grubengewaltigen gegen die Arbeiterklasse steht. Der Kampf ist unter diesen Umständen sehr schwer und es bedarf aller Kraft der Arbeiterbewegung, um ihn siegreich zu bestehen. An der Führung des Streiks sind alle Arbeiterverbände ohne Unterschied der Anschauung beteiligt, es sind dies der „Verband der Bergarbeiter Deutschlands“, der „Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter“, der „Gewerkschaften der Hirsch-Duncker“ und die „Polnische Berufsvereinigung“. Ein Beweis mehr, daß der Kampf der Bergarbeiter ein gerechter ist. Daneben dirigieren und parolieren noch die verschiedenartigen Unionen herum, deren Treiben aber der Bewegung eher abnenn zuträglich ist.

Um den Kampf des Grubenproletariats siegreich zu Ende führen zu können, haben unsere Spitzenorganisationen folgenden Aufruf, dem sich unsere Organisation vollinhaltlich anschließt, erlassen:

An die Arbeiter und Angestellten!

Im deutschen Kohlenbergbau ist am 7. Mai d. J. die gesamte Arbeiterklasse ausgeperrt worden, um ihr das Recht auf die siebenstündigen Tag und die Achtstündigen Nacht über Tag zu entreißen. Die Zechenherren des Ruhrreviers begründen ihr Vorgehen mit den ihnen durch die Wicumbverträge auferlegten Lasten. Sie wollen diese Lasten aber völlig auf die Arbeiter abwälzen. Seit Monaten haben sie Arbeitszeitverlängerungen erzwungen, die Löhne ständig herabgesetzt und durch fortgesetzte Tarifbrüche die Arbeiter gereizt. Jetzt soll dieser Zustand durch Zwangsschiedsspruch verewigt und auch auf die an den Wicumbverträgen nicht beteiligten Reviere ausgedehnt werden. Die Bergarbeiter haben sich nicht gewillert, wirtschaftlich notwendige Überarbeit zu leisten. Sie haben schon monatelang über Stunden verfahren und waren auch jetzt dazu bereit, sofern ihnen das Recht auf die siebenstündigen Tag und die Achtstündigen Nacht gewährt ist. Das Grubenkapital will aber keine tarifliche Anerkennung von Arbeiterrechten. Es verlangt die willenlose Unterwerfung der Grubenflaven. Noch ehe die Bergleute zu dem Schiedsspruch des Arbeitsministeriums Stellung nehmen konnten, warfen die Zechenherren die Belegschaften auf die Straße. Das Recht ist auf Seiten der vergewaltigten Bergarbeiter, die sich gegen diesen Überfall zur Wehr setzen.

Die deutsche Wirtschaft wird durch diese Aussperrung ganz unabwehrbar geschädigt. Keine Mehrarbeit wird die enormen Verluste decken können, die der Kohlenverzehrung dadurch zugefügt werden.

Die Arbeiterklasse darf die Bergarbeiter nicht ihrem Schicksal überlassen. Die unterzeichneten Bundesverbände rufen die Arbeiter und Angestellten auf, für die Aussperrten in allen Orten unverzüglich Sammlungen einzuleiten. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortsstellen des Kfa-Bundes werden ersucht, diese Sammlungsstätigkeit durch geeignete Organisation und Propaganda sofort in die Hände zu nehmen. Die eingehenden Gelder sind an die Adresse: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Hermann Kube, Kassierer, Berlin S. 14, Inselstraße 6, zu übermitteln.

Der Kampf gegen die Bergarbeiterklasse ist der Hauptangriff auf den von der deutschen Arbeiterklasse verteidigten Achtstundentag. Dieser Angriff muß zunichte gemacht werden! Deutsche Arbeiter und Angestellte, helft uns diesen aufgewungenen Kampf gewinnen!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Bundes freier Angestelltenverbände.

Es wird sich an der praktischen Solidarität zeigen, wie weit die deutsche Arbeiterklasse den Riesenkampf des Grubenproletariats begriffen hat. Wie ein Mann sollte die Arbeiterklasse in der Sympathie mit den kämpfenden zusammenstehen.

Leider ist das nicht der Fall. Die unvermeidlichen Heilslehren sind inzwischen aus Moskau eingetroffen und haben ihre üble Wirkung getan. Das Parteiführer muß gefocht werden, und wenn der Kampf der Arbeiter darunter leidet. Kaum war die Aussperrung Tatsache geworden und der Kampf von den Gewerkschaften im Bergbau aufgenommen, so setzte die Forderung ein: Kampf auf der ganzen Linie. Dort, wo die Unternehmer keinen Grund fanden, ihre Arbeiter zur Belastung des kämpfenden Bergarbeiterproletariats auf die Straße zu werfen, kamen die Kommunisten mit ihrer Parole „Generalstreik“ zu Hilfe. Die Arbeiter waren in ihrer großen Mehrheit vernünftiger als die Parteikommunisten, sie folgten dieser Parole nicht, weil sie wußten, daß sie den kämpfenden Bergarbeitern eine weit größere Hilfe bringen würden, wenn sie in den Bestreben blieben und einen Teil ihres verdienten Geldes den kämpfenden zur Verfügung stellten, statt mit großen revolutionären Phrasen die Belastung der kämpfenden zu vergrößern. Der geplante Generalstreik mit dem großen Ziel, sofortige Weltrevolution, fiel demnach ins Wasser. Die SPD wartete sofort mit einer neuen Parole auf. Kaum war die Aufforderung des ADGB und des Kfa-Bundes etwas Sammlung für die Aussperrten heraus, kam prompt ein Gegenaufruf der SPD. Mit Riesenlettern wurde in ihren Zeitungen die Arbeiterklasse Deutschlands aufgefordert, nicht auf die Sammelkassen des ADGB zu zeichnen. Das ist das Gemeinste, was jemals in einem schweren Arbeiterkampf geleistet wurde. Noch nie ist kämpfenden Arbeitern auf solche hinterlistige Art in den Rücken gefallen worden. Der Zweck ist ersichtlich. Den freien Gewerkschaften, soweit sie sich zur Amsterdamer Auffassung bekennen, darf kein Kampf gelingen, denn das würde den Moskauer Parolenfabrikanten in der „Entlarvung der Konterrevolutionären

Amsterdamer Führervertretern“ hinderlich sein. Sie können nur gewinnen, wenn ein Kampf der Arbeiter im Gange erdet. Dann finden sie mit ihren Verächtlichkeiten Anhang. Darum muß jeder Kampf zu wildem Durcheinander getrieben werden. Der ADGB mußte gegen dieses unverantwortliche Treiben der Kommunisten erneut Stellung nehmen und erließ folgenden erneuten Aufruf:

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die Kommunisten wollen den Bergarbeitern die Solidarität verweigern. Sie fallen wieder den Gewerkschaften in den Rücken. In der roten Fahne fordert der „Reichsausschuss der Gewerkschaftsopposition“ alle Arbeiter und Betriebsleute auf, die Sammelkassen der Gewerkschaften zurückzuweisen. Dafür sollen die Betriebsleute eigene Listen herausgeben und in jedem Betrieb zirkulieren lassen. Das gesammelte Geld soll nicht an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, sondern an die kommunistische Zentralkasse eingekassiert werden.

Deutlicher und schärfer kann das Hochgefühl der kommunistischen Führer gegen die Gewerkschaften nicht zum Ausdruck kommen, als in dieser schmuckvollen Handlungsweise.

Voller Scham werden sich die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften von dieser sogenannten „Opposition“ abwenden und am ehesten ihre solidarische Pflicht gegenüber den ausgesperrten Bergarbeitern erfüllen.

Die Ortsausschüsse sind nunmehr genötigt, ihre Sammelkassen als solche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes kennzeichnend zu machen. Jeder ehrliebende deutsche Arbeiter wird mithelfen, zu verhindern, daß die Sympathie mit den ausgesperrten Bergarbeitern zu kommunistischen Paradespenden mißbraucht werden kann.

An der deutschen Arbeiterklasse und besonders an unserer Kollegenklasse wird es nun liegen, den Kampf des Grubenproletariats zu einem siegreichen Ende zu führen. Große Opfer werden erwartet und müssen gebracht werden, um die ungeheuren Arbeitermassen über Wasser halten zu können. Von dem Grad unserer Opferwilligkeit wird das Maß des Sieges der Bergarbeiter abhängen.

Zeichnet auf die Listen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dann wird der Sieg des Grubenproletariats gesichert sein!

Zwei Wahlen

Unter dem Druck französischer Gewaltmaßnahmen schoß ein übler Übernationalismus in Deutschland in die Höhe. Poincaré lieferte das Material zur deutschen völkisch-nationalen Stimmungsmache und schuf den Grund für den üblen Radikalismus von rechts, während er dann unter Hinweis auf das Anwachsen der militärischen Reaktion in Deutschland immer neue Bedrückungen ersann und schwere Belastungen für unser Vaterland durchdrückte. Das alte Spiel. Ein ewiges Wettgehen, wie es zwischen Deutschland und Frankreich schon seit Jahrhunderten von einem widerlichen nationalen Böbel getrieben wird.

Endlich ein Lichtblick. Die Wahlen vom 4. und 11. Mai haben die Grundlagen für eine Verständigung der beiden unglücklichen Völker geschaffen.

Das deutsche Volk hat bei der Reichstagswahl am 4. Mai die Herrschaft des deutschnational-völkisch-hakenkreuzlerischen Regierungsblochs verhindert und das französische Volk am 11. Mai bei der Kammerwahl die Herrschaft des „nationalen Blochs“ abgeschüttelt. Unter dem Einfluß der völkerbefreienden Ideen des Sozialismus sind die Volksmassen auf die Bahn des Fortschritts gedrängt worden. Kein sozialistischer Sieg, weder drüber, noch am allerwenigsten bei uns, nur ein hoffnungsvolles Vorwärtsschreiten auf dem Weg zur Völkerverständigung.

Bei Beurteilung des Wahlergebnisses ist die wirtschaftliche und politische Lage der Länder mit in Betracht zu ziehen. In Deutschland, das durch die schweren Bedrückungen Frankreichs in eine furchtbare wirtschaftliche Notlage geraten war, konnte der Radikalismus von rechts und links sich ausbreiten. Die Verzweiflungsstimmung des deutschen Volkes war überhaupt die Voraussetzung für das Anschwellen der nationalen und auch der kommunistischen Welle. Diese Voraussetzungen wurden immer erneut wieder durch die Politik Poincarés geschaffen. So ist das Wahlergebnis vom 4. Mai zu erklären. Es ist kein Zurückkehren zu überlebtem nationalem Egoismus oder zu einer militaristischen Revanchehege, sondern lediglich das Widerpiel der wirtschaftlichen Ungunst. Anders in Frankreich. Dort kann nicht von einer Bedrückung und Belastung durch fremde Nationen gesprochen werden, die das Volk in eine Verzweiflungsstimmung getrieben. Frankreich war Sieger, die führenden Staatsmänner prunkten mit dem Sieg und wurden zum vergötterten Hebling der Nation. Frankreich erfuhr keinerlei wirtschaftliche Belastung, denn alle Unbill wälzte es auf Deutschland ab und suchte sich nach jeder Seite auf Kosten Deutschlands zu schütten. Trotzdem nunmehr die gewaltige Bahnniederlage der siegestrunkenen Poincaré-Parteien. Der Bloch der Nationalisten zählte in der vorhergehenden Kammer 386 Sitze und sank durch die Wahl auf 263, während die Parteien der Linken, unter denen sich 104 Sozialisten befinden, von 142 auf 271 Sitze anwachsen. Die Herrlichkeit Poincarés, des Bedrückers Deutschlands, ist somit beendet.

Neben dem Bloch der Linken sind noch 29 Kommunisten gewählt. Da deren Politik vollständig unklar ist, sie erfahrungsgemäß, sofern Sozialisten an einer Regierung beteiligt sind, das Gegenteil verlangen von dem, was die Sozialisten tun, um deren Verhalten unter allen Umständen den Arbeitern als „Verrat“ denunzieren zu können, was sie regelmäßig an die Seite der Reaktion führt, ist die Bildung einer Regierung des Linksblochs einermöglichen gefährdet. Das eine ist aber Tatsache, in Frankreich ist ein gewaltiger Umschwung erfolgt, der darauf

zurückzuführen ist, daß die Erkenntnis klar gegriffen hat, daß die Politik Poincarés, besonders seine Außenpolitik, letzten Endes Frankreich mit in den Strudel reißt. Das französische Volk hat gegen den nationalen Blod herauf ein klares Verdammungsurteil ausgesprochen. Und dies ist für uns Sozialisten das Erfreulichste.

So erleben wir nun den Jammer, daß in dem Augenblick, wo die arbeitende Bevölkerung Frankreichs dem Kriegs- und siegestollen Nationalismus eine vernichtende Niederlage bereitet und somit die Bahn für eine Verständigung freimacht, in Deutschland die Trägheit der Massen und der politische Unverstand weiter werttätig schaffender Kreise dem blödesten Nationalismus und einem maulaufreißenden Nationalismus zu einem immerhin beachtenswerten Wahlerfolg verholfen hat. Das gefährdet die Verständigungsaussichten gewaltig, sehr zum Schaden des deutschen Volkes. Der Wahlerfolg der französischen Sozialisten fördert die Verständigungsbestrebungen der englischen Arbeiterregierung unter der Führung MacDonalds. Alle diese Bemühungen gehen dahin, mit Deutschland zu einer gerechten Verständigung zu kommen und die Wiedergutmachungsforderungen auf ein für die deutsche Volkswirtschaft erträgliches Maß zu bringen. Die Lasten aus dem verlorenen Krieg des monarchistischen Deutschlands werden uns nicht geschenkt werden, es kann sich nur darum handeln, Erleichterungen zu erzielen und zu einem dauernden Frieden, der die Voraussetzung für die Befreiung Deutschlands ist, zu gelangen. Was unsere Monarchisten und kriegstollen Nationalisten im Weltkrieg verhielt haben, ist unumkehrbar bringlich dahin. Sollte durch unfähige Auftrumpfer der reaktionären Reichstagsmehrheit, die sich das deutsche Volk am 4. Mai zusammengehählt hat, die Verständigungsmöglichkeiten zerfallen werden, so trägt Deutschland vor der ganzen Welt die Verantwortung. Die Gefahr ist groß, doch muß Deutschland tragen, was ihm von gewissenlosen Demagogen und politischen Kindern aufgeschleppt worden ist.

Eine Arbeiterregierung in England, eine linke Kammermehrheit in Frankreich — jetzt oder nie hat Deutschland die Möglichkeit, zu einer erträglichen Verständigung mit den Westmächten zu gelangen. Aber wird Deutschland den günstigen Augenblick auszunutzen verstehen? Herrriot, der Führer des Blods der Linken, hat als sein Programm verstanden: Verständigung der französischen mit der deutschen Demokratie! Das Echo, das ihm entgegenhallt, ist die Demonstration in Halle, wo unter der Teilnahme der Behörden und der Reichswehr der Republik die Volklichen gegen die Demokratie, für das Kaiserreich demonstrieren, während, die Feindschaft zu erhöhen, die Truppen der Republik auf die eine Gegendemonstration verjüngenden Arbeiter schießen! Deutschland hat, dank Wilhelm II., die große Gelegenheit 1914 verkannt, als die Verständigung mit England möglich war. Deutschland hat, dank Ludendorff, die Gelegenheit 1917 verkannt, als, zum letztenmal, ein Verständigungsfriede noch möglich war. Deutschland hat sich jetzt einen Reichstag mit deutschnationaler Führung, mit den völkischen Abenteurern rechts und den kommunistischen Abenteurern links gewählt, der ganz das Zeug hat, die Gelegenheit, die Ersterz der Nation zu retten, zum drittenmal zu verpassen. Gerade jetzt, der Arbeiterregierung in England und der linken Kammermehrheit in Frankreich gegenüber, einen Reichstag des Nationalismus und des Nationalismus! Es ist zum Verzweifeln. Und doch, es ist nicht zum Verzweifeln. Deutschland kann noch an dem Fieber der Stunden, die Poincaré ihm geschlagen. Aber Poincaré ist geschlagen. Mit dem Kräfteverlust wird schließlich auch die Freiheit schwinden. Nein, es ist nicht zum Verzweifeln. Es geht — England, Dänemark, Finnland und nun Frankreich bezogen es — vorwärts in der Welt, trotz alledem. Und der Sieg unserer französischen Brüder noch so schweren Gefahren beweist, daß die Welt dem gehört, der auch in schwerster Stunde nicht verzagt.

Die Selbstverwaltung ist in Gefahr!

Bis zum Herbst 1923 wurden die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch die öffentlichen Mittel (Reich, Land und Gemeinde), die Durchführung der Fürsorge war Aufgabe der Gewerkschaften, die hinsichtlich der Verwendung der Mittel unter der Kontrolle der Staatsbehörde stand. Der Arbeitsnachweis war Hilfsorgan, das sich auf die Kontrolle der Arbeitslosen und Vermittlung derselben an den Arbeitsstellen beschränkte. Ein allerdings unzulänglicher Einfluß der unmittelbaren Beteiligten war in den örtlichen Fürsorgeeinrichtungen, die paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet waren, gegeben. Die Verordnung vom 15. Oktober 1923 brachte tiefgreifende Änderungen. Der Reichsausschuss der gesamten Arbeitslosenversicherung, einschließlich Verwaltung und Arbeitsnachweis, soll nunmehr grundsätzlich durch Beiträge der Arbeiter und Unternehmer und durch Beiträge der Gemeinden gedeckt werden. Nach verschiedenen Änderungen vertritt die Verordnung vom 16. Februar 1924 die Kosten nunmehr damit, daß zwei Drittel der Kosten durch die Gemeinden und ein Drittel durch die Arbeiter und Unternehmer zu tragen, der Rest von den Gemeinden gedeckt werden müssen. Erst wenn die Höhe der Beiträge, nämlich 3 v. H. des Lohnes, die nötigen Ausgaben nicht decken, treten Reich und Land mit dem erforderlichen Beitrag ein. Damit ist die Selbstverwaltung von den öffentlichen Mitteln auf die Selbstverwaltung selbst übertragen. Das ist ein Schritt, der weit über das hinausgeht, was

das bei Beratung der Arbeitslosenversicherung gedacht war. Es ist früher auf den unhaltbaren Zustand hingewiesen worden, der eintreten mußte, als man zur Kostendeckung der Fürsorge die Beitragspflicht einführt, ohne zugleich die dem Versicherungsprinzip entsprechenden Fragen zu lösen.

Die Frage der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung schien mit Einführung des Beitragszwanges gelöst, als die Verordnung vom 15. Oktober 1923 die bis dahin auf die Fürsorgeauschüsse beschränkte Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erweiterte und die Durchführung der Arbeitslosenversicherung und die Kontrolle der Mittel den Arbeitsnachweisorganen übertrug. Damit gelang einmal die schon längst geforderte enge Verbindung zwischen Fürsorge und Arbeitsvermittlung, und es kam durch die paritätischen Verwaltungsausschüsse der Nachweisorgane, örtlich: öffentlicher Nachweis, bezirklich: Landesarbeitsamt, die Selbstverwaltung der Kosten zur Geltung. Die Lösung, mit Überbürdung der wichtigsten Kosten auf die Wirtschaft diese selbst zu einem sehr wesentlichen Faktor der Verwaltung zu machen, war selbstverständlich. Sie fand aber sofort sehr starke Gegner. Vielen Gemeindeverwaltungen war die Selbstverwaltung des Arbeitsnachweises längst ungenügend. Ihnen war der Nachweis ein Verwaltungsorgan wie jeder andere, und die „Emanzipation des Verwaltungsausschusses von der allgemeinen Verwaltungshoheit des Gemeindefunktionärs“, das heißt die Selbstverwaltung, war ihnen eine Sünde wider den heiligen Geist. Diesen Verwaltungsausschüssen aber überdies Rechte hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung einzuräumen, war noch schrecklicher. Das erste Resultat des gemeindefunktionären Kampfes gegen die Selbstverwaltung war, daß die Reichsregierung in der Verordnung vom 16. Februar 1924 dem Gemeindevorstand das Recht der „bindenden Verfügung“ an den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses gab, um so zu helfen, daß die Selbstverwaltung eingeschränkt würde.

Der zweite Angriff ging in Preußen vom Wohlfahrtsminister aus. Er übertrug die Kontrolle über die Arbeitslosenversicherung nicht etwa den Landesarbeitsämtern, sondern den Regierungspräsidenten, also den Staatsbehörden, die ohne jegliche Mitwirkung der Beitragsträger ihr Aufsichtsrecht ausübten. Der Erfolg waren jene aller sozialpolitischen Einsicht hohnsprechenden Maßnahmen in Preußen, die angeblich zur Milderung der Arbeitslosenversicherung abstellen sollten, tatsächlich aber Tausende hungernde Arbeitslose von der Unterstützung ausschlossen. Das Einschleichen der Staatsbehörde, das Nebeneinander von Landesamt und Regierungspräsident führte in Preußen zu einem toten Durcheinander. Es wird aber vollends unerträglich, nachdem die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auf breitere Grundlage gestellt werden muß. Die Schaffung der Beitragspflicht fällt in die Zeit der Hochinflation. Die Geldwertung schwang, den Beitrag nur für den engen Kreis des einzelnen Nachweises zu erhöhen, um die Geldwertung durch geizigen Ausgleich für größere Bezirke zu vermeiden. Hatte man bei Beratung der Arbeitslosenversicherung immer nur an den einheitlichen Gefahrenausgleich für das ganze Reichsgelände gedacht, so zwangen im Oktober 1923 die Verhältnisse zum absoluten Gegenteil, dem auf die enge Gemeinde beschränkten Gefahrenkreis. Die Folge ist, daß bei dem ganz verschiedenen Grad der Arbeitslosigkeit die Beitragsbelastung ganz verschieden ist. So schwankt die Zahl der unterliegenden Arbeitslosen am 1. April zwischen 1,6 und 99,1 auf je 1000 Einwohner der einzelnen Städte, im Durchschnitt der einzelnen Länder zwischen 1 und 12,7. Ein Ausgleich muß geschaffen werden. Das richtige wäre der Reichsausschuss, zu dem die Landesarbeitsämter, Bayern, Baden, Thüringen einheitliche Beiträge für ihr Land beschlossen, andere Länder stehen vor dem Beschluß. In Preußen hat diese Ausgleichsfrage zu heftigen Kämpfen geführt. Es könnte der Ausgleich durch eine für Preußen einheitliche Beitragsbelastung gefunden werden. Dieses will man nicht. Das Wohlfahrtsministerium lehnt aber auch die für den Bezirk eines Landesamtes einheitliche Beitragsregelung ab und schlägt Beitrags- und Gefahrengemeinschaften vor, die nur den Bezirk eines Regierungspräsidenten umfassen. Warum diese offensichtlich ungewisse und dem Interesse der Arbeitslosenversicherung zuwiderlaufende Regelung? Wie sich die Gemeinden gegen die Mitwirkung der Verwaltungsausschüsse der Öffentlichkeit nachweisen können, so fräut sich das Wohlfahrtsministerium gegen den Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamtes. Es ist das Bestreben, die aus den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer gespeiste Arbeitslosenversicherung der Selbstverwaltung der Kostenträger zu entreißen und zu einer staatsbehördlichen Aufgabe zu machen. Darum die Anweisung, daß die Beiträge dem Regierungspräsidenten zugeleitet und von ihm verwaltet werden sollen. Also einer Justiz, die durch keine Mitwirkung irgendeines Vertreterauschusses belastet ist und die das was der Reichsausschuss berufene Landesarbeitsamt völlig ausschaltet. Dieser zerrüttete Preußen die einmütigen ansehnliche Beitragsgemeinschaft für den Bezirk eines Landesamtes, legt an die Stelle von zehn Ausgleichsbezirken ihrer 35 und reißt wirtschaftlich zusammengehörige Interessengebiete, teils sogar bestehende Nachbarngebiete auseinander. Und alles nur, um an der Konsequenz vorbeizukommen, dem Landesamt den ihm nach der Verordnung zugehörigen Beitrag zu geben.

Das vom Städtelag und Wohlfahrtsministerium angeforderte Landesarbeitsamt soll angeblich ein ungewöhnliches Organ sein, das die ihm zugewiesenen Aufgaben bisher nicht erfüllte. Auch wir kennen die Mängel einzelner dieser Ämter. Aber gerade die Staatsbehörden, die Regierungspräsidenten, haben die ihnen bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung zugewiesenen Aufgaben so unangeführt erfüllt, daß es den Teufel durch Beelzebub anzurufen hieße, sie künftig grundsätzlich zu Trägern dieser Aufgaben zu machen. Sind die tatsächlichen Beschwerden gegen Landesämter berechtigt, so müssen diese unorganisiert werden. Dazu kann ein genügend starker Einfluß der Verwaltungsausschüsse helfen. Die vor uns liegenden Aufgaben der Arbeitsvermittlung wie der Arbeitslosenversicherung verlangen geradezu den Ausbau der Landesämter.

Aber nichts darf über die prinzipielle Seite der Frage hinwegtäuschen. Es geht um die Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung. Das Wohlfahrtsministerium will auf seinen allein entscheidenden Einfluß nicht verzichten, es will vor der endgültigen Schaffung einer Arbeitslosenversicherung erzwingen, daß die Verwaltung allein bei

den Staatsorganen liegt und der Einfluß der Versicherten ausgeschlossen wird. Der Bundesrat hat sich durch Eingaben an die Reichs- und Landesregierungen gewandt, um die Selbstverwaltung zu sichern. Es ist aber notwendig, daß überall, örtlich und in den Bezirken, unsere Vertrauensleute in den Behörden der Arbeitsnachweise alles tun, um den Angriff der beherrschenden Organe gegen die Selbstverwaltung abzuwehren. (Gewerkschafts-Zeitung)

Eine Tagung des Maschinenbaues

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten hielt eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Sie tagte in Berlin. Es wurde viel geredet. Neben den verschiedenen Vorsitzenden und Vertretern des Vereins der Maschinenbauanstalten sprachen die verschiedenen Regierungsvertreter, die sich in den gegenseitigen Zusicherungen überboten, daß die Regierung auf Seite der Industriellen stehe. Die deutsche Arbeitervereinschaft hat noch nie daran gezweifelt. Ein Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie sprach über das Sachverständigen-Gutachten, ohne sich klar für eine Annahme oder Ablehnung des Gutachtens zu entscheiden. Jedenfalls kamen die Maschinenbauindustriellen nicht ganz an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten vorbei. Nicht ganz unüberwunden können die Ausführungen des Geschäftsführers Karl Lange bleiben. Er sprach über die Ausführungsbedingungen des Maschinenbaues und schilderte die augenblickliche Lage des Maschinenbaues nach 50 v. H. seines Normalstandes. Die inzwischen eingetretene Belebung des Arbeitsmarktes betrifft jedoch in erster Linie die Verbrauchsgüterindustrie. Eine dauernde Belebung der Lage des Maschinenbaues kann nur bei einer kräftigen Belebung der deutschen Ausfuhrindustrie eintreten, von der aber ein nennenswerter Aufschwung noch nicht zu verzeichnen ist. Die deutsche Industrie ist nicht nur durch höhere Produktionskosten als die des Auslandes belastet, ihre Absatzmöglichkeiten werden auch durch die Unmöglichkeit, so langfristige Kredite wie die ausländische Konkurrenz an die Abnehmer zu gewähren, durch besonders gegen Deutschland gerichtete Zollschranken und Belastungen und durch das Fehlen von Handelsverträgen mit anderen Staaten stark erschwert. Zum Wiederaufbau des Außenhandels bedarf der Maschinenbau der nachdrücklichsten Unterstützung seiner Schwesterindustrien, vor allem der Rohstoffindustrie. Die enge Zusammengehörigkeit dieser beiden Industrien, besonders in Hinblick auf ihre Preispolitik, hat das letzte Jahr gezeigt. Die Innenpreise in Deutschland dürfen nicht höher als die Weltmarktpreise sein.

Der Herr spricht von höheren Produktionskosten der deutschen Industrie. Worin sollen die höheren Produktionskosten begründet sein? Kriegs- und Inflationsgewinne haben die deutschen Industrieunternehmen nahezu schuldenfrei gemacht. Kriegerische Neuanlagen sind geschaffen worden und — was doch kein Geheimnis ist — vollständig abgezahlt worden. Von Belastungen der Unternehmen von dieser Seite kann doch beim besten Willen nicht gesprochen werden.

Die deutsche Industrie arbeitet am billigsten. Die Herren Maschinenbauunternehmen werden doch nicht ernsthaft beklagen wollen, daß der deutsche Arbeiter der billigste ist. Stellen wir den deutschen Lohn zum Beispiel die Verdienste der amerikanischen Industrie-Arbeiter gegenüber, so wird das Verhältnis augenfällig. Die Lohnhöhe der amerikanischen Arbeiter ist nach der neuesten statistischen Erhebung über doppelt so hoch als vor dem Krieg, während unsere Löhne unterhalb der heutigen noch weit unter der Friede:shöhe liegen. Drüben sind die Löhne für qualifizierte Metallarbeiter 115 v. H. über dem Friedensstand, man zahlt 26,94 Dollar gleich 113 Goldmark Wochenlohnverdienst, bei uns hat ein qualifizierter Metallarbeiter 60, wenn er bei 60 Stunden Wochenarbeitszeit im stärksten Galoppaltdempo 45 Goldmark im Wochenlohnverdienst erzielt. Dabei soll niemand glauben, daß die Lebenshaltungskosten des Arbeiters drüben proportional gegenüber vor dem Krieg im gleichen Maße gestiegen seien. Das ist wohl zeitweilig während der Inflationsperiode der Fall gewesen, jetzt ist das durch die allgemeine Aufwertung ausgeglichen. Es liegt fest, daß verschiedene Waren bei uns proportional viel höher im Preis stehen als in Amerika. Drüben zahlt die Eisen- und Stahlindustrie die höchsten Löhne und sie bleibt doch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt.

Was wollen die Herren vom Maschinenbau eigentlich mit ihren Klagen über hohe Produktionskosten? Solche Klagen sind durch nichts begründet. Die deutsche Industrie hat lange Zeit den Weltmarkt in schmerzlicher Konkurrenz zum Schaden der deutschen Arbeiter überstanden. Kein Wunder, wenn sich verschiedene Staaten durch Zollschranken vor dieser Konkurrenz zu schützen suchen. Durch die Umstellung nach dem Währungsverfall wird wahrscheinlich der Goldmarkt nicht mehr so bid fließen, und daher das sinnlose Klagen.

Die Herren Industriellen sollen sich mehr um die geschäftlichen Angelegenheiten des Maschinenbaues kümmern. Die Industrie belastet sich selbst durch die wahnsinnigen Kosten der völkischen Propaganda gegen die Arbeiterfrage, und dann reben sie von hohen Produktionskosten. Es ist doch erwiesen, daß die riesigen Werbestellen der Patentkreuzer, Deutschvölkischen und Deutschnationalen von der Industrie aufgebracht wurden.

Bezeichnend ist es, daß der Redner sich gegen die doppelte Preisbildung ausspricht. Die Reallohnkraft diktiert die Preise für Deutschland und da ist tatsächlich zu verzeichnen, daß die Inlandspreise höhere sind denn die Weltmarktpreise. Das eigene Volk kann ohne Hemmung ausgebeutet werden, während auf dem Weltmarkt die Waren zu Schleuderpreisen hingeworfen werden. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion und Warenverteilung wird immer untragbarer, es ist hoch an der Zeit, daß sich die Arbeitervereinschaft mit ihren sozialistischen Forderungen Einfluß verschafft.

Die Erfinder sind die wahren Wohltäter der Menschheit und verdienen größere Ehre als die, welche betweinstwerte Schlachten liefern und große Länder erobern, ohne zu verstehen, ihr eigenes Land glücklich zu machen.

Wir irren alleamt, doch jeder irret anders. Sauer

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. E. Weiss (Köln, ver.)

Seitenrichtiger Fernapparat. — Flugzeuge im Dienste der Seefahrt. — Die Seefahrt der Zukunft. — Der derzeitige Stand der deutschen Seefahrt.

Lang bevor es ein Telephon gab, beschäftigte sich der Erfindergott damit, Mittel zu erfinden, um das gesprochen Wort zu übertragen, um insbesondere ohne Vermittlung von großen Massen sprechen zu können, die auf weiten Räumen versammelt sind. Schon im alten Rom wußte man sich bei der Fernübertragung des Wortes, das an der Spitze einer Legion schwebte, zu helfen. Man benutzte dazu eine Kette von Soldaten, die aufeinander schrieen und so das Wort weitertrugen. Diese Kette wurde später durch eine Kette von Trommeln ersetzt, die durch die Schwingung der Trommeln das Wort weitertrugen. In der neueren Zeit hat man sich zu anderen Mitteln umgesehen. Man hat sich zum Beispiel an die Schwingung der Luft umgesehen, die durch die Schwingung der Luft weitertrugen. Man hat sich zum Beispiel an die Schwingung der Luft umgesehen, die durch die Schwingung der Luft weitertrugen. Man hat sich zum Beispiel an die Schwingung der Luft umgesehen, die durch die Schwingung der Luft weitertrugen.

herige Konstruktoren besteht nun darin, daß die schwingenden Massen wegen ihrer Schwere und Art der elastischen Aufhängung nicht ganz genau den Impulsen folgen können, welche sie vom Magnetfeld der Empfänger erhalten. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache sind die erdüblichen neuen Vorrichtungen etwas anders gebaut. Die kleine Ausführlingsform der französischen Type eignet sich besonders für Radiolager. So wird unter anderem folgendes erreicht: Ein sehr bekannter Radiolager ist die sogenannte Langwellen-Lagerung auf einem Schloß im Department Orne und konnte es dadurch, wenn man den Einwohnern eines 1 Kilometer weiter südlich gelegenen Dorfes erlaubte, die mit unvergleichlicher Reinheit übertragene Radiolagerung mit anzuhören, indem ein ziemlich mächtiger Strom durch ein Hauptkabel für die Leitung an Telephonleitungen geführt und findet in diesem Fall in Form von großen Haken sowie auf Stützen und Sportplätzen Anwendung, wenn es sich darum handelt, Betriebsanordnungen oder Befehle zu übertragen. Der große Vorteil dieser Vorrichtung besteht darin, daß sie keine besondere Vorrichtung erfordert, die mit einer Anzahl von Leitungen ausgestattet ist, hat bereits zahlreiche praktische Anwendungen gefunden: in der großen Halle des Pariser Nordbahnhofs dient er dazu, in den Zeiten großer Anwesenheit der Fahrgäste für die Posten war keine ein solcher Apparat auf der ersten Etage des Bahnhofs angebracht worden, um den großen, auf dem Marsfeld veranordneten Menschenmassen die Reihen und Reihenrichtungen für den Gehör zu bringen. Solche Vorrichtungen lassen sich entweder durch Aufhängen an ein Telephon leitungen oder sie werden mit einer Antenne versehen, welche die drahtlos übermittelten Botschaften empfängt, oder sie sind auch mit einem Stromapparat in Verbindung zu bringen. Im Herbst 1923 war ein solcher Apparat in der Nähe von Paris angebracht, um die 300 auf dem Marsfeld in Paris veranordneten Personen die Radiolagerung des Bahnhofs zu übertragen. In den zahlreichen Anwendungen, die in der Radiolagerung zu übertragen, ist die Wichtigkeit und der Einfluß in der Seefahrt. Des weiteren ist, wie verstanden,

in Frankreich beabsichtigt, herartige Apparate in den Dienst der Luftfahrt zu stellen.

Das Anwendungsgebiet der Flugzeuge wird in allen Ländern ein immer größeres, ganz besonders trifft dies für jene Staaten zu, in denen noch ausgedehnte, nur wenig bevölkerte Gebiete vorhanden sind. Wie beispielsweise in den Kolonien oder im Norden der Vereinigten Staaten. Hier wird in der neuesten Zeit bei den Vorarbeiten zu großen öffentlichen Bauten häufig schon das Flugzeug dazu benutzt, um das in Betracht kommende Gelände von oben herab zu photographieren und zu vermessen. Die Vorarbeiten für die zweckentsprechende Anlage von Wasserstraßen, Kraftlinien, Eisenbahnen, Bahnhöfen, Wohnungsplänen von Städten, für die Errichtung von Wegen usw. lassen sich ganz wesentlich schneller und dabei mit sehr viel geringeren Kosten durchführen, falls man vom Flugzeug aus photographische oder, genauer gesagt, topographische Aufnahmen macht. Die gegenwärtig benutzte großformatige Aufhängung der Kamera ist im Verein mit besonderen Apparaten, welche die von verschiedenen Punkten aus aufgenommenen Bilder eines und desselben Bezirks zu kombinieren gestatten, in den Stand, kartographische Skizzen herzustellen, die ein Genauigkeitsmaß von Werten übrig lassen. Dazu kommt, daß bei den Vorarbeiten, betreffend die Linienführung von Verkehrswegen, Telephonleitungen u. dergl., die Photographie vom Flugzeug aus es ermöglicht, die Studien auszuführen, ohne die Aufmerksamkeit der in Betracht kommenden Gebietsbehörden zu erregen, so daß jegliche Spekulation vermieden wird. Die Photographie bewaldeter Gegenden setzt in den Stand, diese zu vermarken und schnell und hinreichend genau festzustellen, welcher Anteil eines bestimmten, vermessenen Gebietes bewaldet ist. Aus den Bildern ist sogar zu erkennen, mit welcher Art von Bäumen die einzelnen Plätze besetzt sind und wie viele bereits abgestorbene Exemplare vorhanden sind.

Man nimmt in Europa im allgemeinen an, daß die amerikanischen Kolonien zu konkurrenz werden, daß sie nach einer verhältnismäßig kurzen, aber intensiven Inanspruchnahme ihren Zweck erfüllt haben. Wie nun aus einer kürzlich veröffentlichten Statistik hervorgeht,

Die Arbeitskraft u. ihr Verkauf

Die kapitalistische Produktionsweise unterscheidet sich von der Sklavenwirtschaft durch eine formale persönliche Freiheit der Arbeitmenschen. Diese Unterscheidung ist nicht durch sozial-menschliche Ermüdungen entstanden, sondern ist einfach ein Produkt größerer Zweckmäßigkeit. Arbeitsrecht, soziale Fürsorge, alle Errungenschaften der organisierten Arbeitskraft sind nicht Eigenarten des Produktionsprozesses, sondern Ergebnisse eines langen Kampfes der organisierten Arbeit. Der Produktionsprozess ist durchaus gefühllos.

Als kapitalistischer Produktionsprozess hat er die besondere Absicht, das Kapital zu vermehren. Nicht, daß aus ihm immer neue Gebrauchsgüter ausströmen, ist seine Eigenart, sondern daß eine immer größere Menge Kapital aus ihm herausfließt, sich immer neu bildet, das in Form von Warenwerten erscheint. Er tritt als Erzeuger von Warenwerten in Erscheinung, doch tut er das nur, weil es ihm möglich ist, durch Verbrauch einer kleineren Warenmenge eine viel größere wieder zu erreichen. Er hat also dieselbe Eigenart wie der Mensch, der mehr herausgibt, als man in ihn hineinsteckt. Der kapitalistische Produktionsprozess ist also auch Wertquelle. Da wir aber die — gestirgte und körperliche — Arbeitskraft als einzige Wertschöpferin in der Gesellschaft erkannt haben, ist eine dieser Feststellungen falsch. Die Arbeitskraft haben wir auf Grund eingehender Untersuchung als Wertquelle erkannt. Wegen wir diese Erkenntnisse der genauen Untersuchung des Produktionsprozesses zugrunde, so müssen wir zu folgenden Ergebnissen kommen: Tritt der Produktionsprozess als Erzeuger von Warenwerten in Erscheinung, so liegt seine Wertquelle in der Herstellung von Warenwerten. Die Ware selbst ist eine in den Stoff hineingesteckte Menge Arbeitskraft. Die Arbeitskraft ist die einzige Wertmenge in der Ware. Die Warenwerte sind also gewonnene Arbeitskraft und der Produktionsprozess nur der Verbraucher der Arbeitskraft. Seine Wertquelle liegt in diesem Verbrauch und macht, je mehr Arbeitskräfte er verbraucht. Seine Wertquelle ist also keine Eigenart des Prozesses, sondern nur Eigenart der Arbeitskraft und entsteht durch ihren Verbrauch.

Der Kauf der Arbeitskraft und ihr Verbrauch ist der Inhalt des Produktionsprozesses. Da die Arbeitskraft nicht vom Mensch getrennt werden kann, ihre Veräußerung an die Gegenwart des Menschen und an die Zeit gebunden ist, wird durch ihren Verkauf der Mensch für eine bestimmte Zeit in t verkauft. Er verliert für die Dauer des Verkaufes der Arbeitskraft seine Freiheit. Der Käufer bestimmt die Art ihrer Veräußerung und ist an einer reiflichen Veräußerung der Arbeitskraft interessiert. Solange der gekaufte Mensch noch ein Fünftel Kraft besitzt, fühlt sich der Käufer als rechtlicher Besitzer dieser Kraft. Der kraftvolle Mensch wird gekauft, seiner Freiheit beraubt und der veräußerte schwache Mensch erhält seine Freiheit wieder. Diese erhält er nicht, um sie zu genießen, sondern um ihm die Möglichkeit zu geben, neue Kraft zu sammeln, damit er sich aufs neue verkaufen kann. Die Freiheit ist also nur das Mittel zum Zweck, der Mensch benötigt sie, um sich zum Verkauf, zur Veräußerung von Geist und Kraft vorzubereiten. Sie ist nur mehr eine formale Freiheit und der kapitalistische Produktionsprozess unterscheidet sich von der Sklavenwirtschaft durch die Tatsache, daß der Mensch in ihm kein eigener Sklavehalter ist. Ersterer hat gegen die Sklavenwirtschaft den Vorteil, daß er nur den kraftvollen Menschen sein eigen nennt, der kraftlose veräußerte Mensch ist ihm gleichgültig. Seine Aufgabe ist es, dem Sklaventreiber nur in der Ausbeutung der Arbeitskraft, um deren Erhaltung brauchen sie sich nicht zu bemühen.

Wir haben festgestellt: Die Ware ist gewonnene menschliche Arbeitskraft, im Stoff vergegenständlichte menschliche Tätigkeit. Ist aber die Arbeitskraft eine Ware? Nein und abermals nein! Sie hat nicht die Bildungseigenart einer Ware, sie ist eine dem Menschen eigentümliche Fähigkeit, durch die er sich erhält, sein Leben verschönt und es erst lebenswert macht. Wird sie verkauft, so verkauft er die Fähigkeit, seinen Lebenszweck zu erfüllen und der Verkauf der Arbeitskraft wird Lebensinhalt für ihn. Er lebt, um zu arbeiten.

Im kapitalistischen Produktionsprozess erscheint die Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte und erfährt hier genau die Bewertung einer Ware auf dem Warenmarkte, ohne jedoch deren Eigenarten zu besitzen. Die Ware hat das Bestreben, auf dem Markte sich in Geld zu verwandeln. Dieses Bestreben erwächst nicht aus Lebensnotwendigkeit der Ware, sondern aus dem Bestreben des Besitzers von Warenwerten, diese in Geld als allgemein anerkannte Wertform umzuwandeln. Der Zweck der Verwandlung von Ware zu Geld ist der, den Teil der Warenmenge in eine allgemein anerkannte Wertform zu bringen, der mehr aus dem Produktionsprozess herausfließt, wie in ihn hineingesteckt wurde. Die hineingesteckte Warenmenge hatte die Form einer bestimmten Geldmenge, und der Verkauf der Ware ist das Bestreben, die alte Form und Geldmenge wieder zu erhalten und die Warenmenge, die mehr herausfließt, in die Geldform zu verwandeln. Das letztere ist das eigentliche Treibende des kapitalistischen Produktionsprozesses. Der Verkauf der Ware ist seine letzte Erscheinungsform. Er wandelt den Erfolg in

Profitform. Der Prozeß ging vor sich als Umwandlung von Geld zu Ware und von Ware zu Geld.

Die Arbeitskraft hat auf dem Markte das gleiche Bestreben, sich in Geld zu verwandeln. Doch macht dieses aus der Lebensnotwendigkeit der Arbeitskraft. Sie muß sich veräußern, um die Mittel zu ihrer Erhaltung austauschen zu können; sie will Warenmenge zu erhalten. Der Zweck der Umwandlung von Arbeitskraft in Geld und von Geld in Ware ist die Erhaltung des Lebens. Die Arbeitskraft wird, will sie sich erhalten, zum Verkauf gezwungen. Die Ware läßt sich nur vom Profit zwingen, Verkauf gezwungenen Arbeitskraft. Der Prozeß stellt sich dar als Umwandlung von Geld in Arbeitskraft, von Arbeitskraft in Ware, von Ware in Geld. Dieser Prozeß erhält dadurch seinen Sinn, daß die erste Menge Geld, die in ihn eintritt, als größere Menge wieder erscheint. Die Veränderung des Wertes geht vor sich bei der Verwandlung von Arbeitskraft in Ware. Hier tritt die Wertquelle der Arbeitskraft in Tätigkeit, läßt ihre Fähigkeit in den Stoff hineinfließen, verwebt sich mit ihr zur Ware und in der Ware steckt jetzt eine größere Wertmenge, als zu ihrer Herstellung nötig war. Der Zweck der Umwandlung von Geld in Arbeitskraft, der Kauf der Arbeitskraft ist deren Ausbeutung.

Die Ausbeutung ist nicht eine Bösartigkeit des Besitzers der Produktionsmittel, sondern eine Eigenart des kapitalistischen Produktionsprozesses, der sich auf die Ausbeutung der Arbeitskraft aufbaut. Er bedingt für sich eine Rechtsordnung, die die Arbeitskraft zur Ware macht, die sie immer neu zum Verkauf zwingt, die es zuläßt, daß die Arbeitskraft rücksichtslos ausgebeutet wird und der Produktionsprozess aus dem Leid, der Not und Sorge der Menschen Werte herausstampft, deren Nutzen einer kleinen Gruppe von Menschen ist. Unwürdig ist die Ordnung, die einen Menschen zwingt, sich zu verkaufen, unglücklich ist die Gesellschaft, in der die werteschöpfende Klasse der Arbeiter zugrunde gerichtet wird, um das Wohlleben einzelner Mitglieder zu erhöhen. Es ist der Abgrund der Unkultur, wenn über alles Menschentum der Wahnsinn der Ausbeutung, des Profitraß, wenn das Wohlergehen der Menschen abhängig ist von dem Erfolg der Ausbeutung, der Höhe der Profitrate. Die Arbeitskraft ist das Opfer dieses Wahnsinns. In ihrem Verkauf liegt eine Quelle von Unheil. Ihre Befreiung ist nur durch den einheitlichen Willen aller Arbeitenden möglich.

Ein internationaler Arbeitskongreß in Prag

In der Zeit vom 21. bis 24. Juli wird in Prag ein internationaler Kongreß für die Festsetzung wissenschaftlicher Methoden in der Arbeit stattfinden. Zu diesem Kongreß sind 38 technische und industrielle Korporationen der großen und kleinen Entente wie auch Amerika eingeladen. Man rechnet damit, daß sich die übrigen Staaten hinterher mit einer einfachen Ratifikation der Konferenz zu fassenden Beschlüssen beschließen werden. Die Konferenz wird voraussichtlich die Schaffung eines ständigen Büros mit zwei Sekretarinnen beschließen. Gleichzeitig soll ein Verband der Ingenieure der kleinen Entente gebildet werden.

Die Nutzung der Freizeit in Österreich

Die nächste Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni dieses Jahres wird sich unter anderem mit der Frage der Nutzung der freien Zeit der Arbeiter beschäftigen. Wie die Verhältnisse in den Gebieten in Österreich liegen, veranschaulicht ein Artikel in der Zeitschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“. Es geht daraus hervor, daß die Freizeit zu gewerkschaftlicher, politischer und gemeinschaftlicher Betätigung verwendet wird, darüber hinaus aber auch zur Pflege der Bildung, des Sports und des Heimgartentums. Die Zentralstelle für Bildungswejen der Sozialdemokratischen Partei leitet die Arbeiterbildungsbestrebungen zum großen Teil; sie veranstaltet Abendkurse, Film- und andere Vorführungen, Redenunterricht sowie auch literarische Abende. Auch besteht sie eine große Bibliothek, deren Benutzung sich seit dem Kriege verdoppelt hat. Die beliebtesten „Die Naturfreunde“ hat in Österreich 78 000 Mitglieder, die überwiegend Arbeiter und Angestellte sind. Jede Ortsgruppe veranstaltet bedeutend das Fußballspiels ergibt sich aus dem Bestand von 300 Arbeiterfußballvereinen, die einen Verband bilden. Das Heimgartentum hat sich stark ausgebreitet. Gegenwärtig bestehen etwa 300 Heimgartensvereine mit 80 000 Mitgliedern, die je etwa 500 Arbeitsstunden im Jahre in ihren Heimgärten beschäftigt sind. Was den jüngeren Arbeitern der Sport ist, ist den älteren im allgemeinen der Heimgarten.

Keinen Anschluß an die RGS

Der Norwegische Gewerkschaftsbund nahm unter den Mitgliedern der „Rote Gewerkschaftsinternationale“ an die Rote Gewerkschaftsinternationale. Der Anschluß wurde abgelehnt. 704 Stimmen waren dafür, 16 602 dagegen. Das Interesse für die Angelegenheit ist wirklich nicht groß gewesen, denn von 86 000 Mitgliedern haben nur 23 106 sich an der Wahl beteiligt. Die freundschaftlichen Beziehungen sollen mit der RGS aufrechterhalten werden. Das Treiben der norwegischen Gewerkschaften sowie auch der norwegischen sozialdemokratischen Partei ist wirklich sonderbar. Seit Jahren sind sie aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sowie aus der zweiten Internationale ausgestiegen. Zur Roten Ge-

in wirtschaftlicher Weise so aufzubereiten, daß sie das für die Aluminiumgewinnung erforderliche reine Aluminium liefern. Die kürzlich vom Metallwirtschaftsbund in Berlin veranstaltete Aluminiumausstellung deutlich zeigte, ist die Zahl der Anwendungsgebiete dieses Metalls schon recht groß und fast täglich werden neue erschlossen. Wenn vereinzelt das Aluminium nicht betrieblig, so lag dies immer daran, daß ein unreines Produkt zur Verwendung kam, das durch Einschmelzung von Kriegsware und Abfällen gewonnen wurde. Das Reinaluminium oder das zweckmäßig legierte Metall hat sich auf vielen Gebieten sehr gut bewährt und ist ein sehr scharfer Konkurrent des Kupfers und anderer technisch wichtiger Metalle geworden. Man hat in Deutschland das größte wirtschaftliche Interesse, die heimische Aluminiumindustrie zu hegen und zu pflegen, um von dem amerikanischen Kupfermarkt möglichst unabhängig zu werden. 1913 noch waren in Deutschland nur ein einziges kleines Werk (Rheinmetall) vorhanden, das in der Kriegszeit entstandenen großen Aluminiumwerten auch noch das Zinnwerk zu nennen ist, das nächstens mit einer jährlichen Produktion von 10 000 Tonnen beginnen wird. Die Verhältnisse liegen heute so, daß die Kapazität der Werke viel größer ist, als dem Aluminiumbedarf entspricht. Man hat deshalb nach dem Vorbild Amerikas, das heute bereits 100 000 Tonnen fabriziert und dazwischen ein Laboratorium unterhält, in dem 400 Gelehrte und Techniker mit der Aluminiumforschung betraut sind, eine ähnliche Institution geschaffen, die die Aufgabe hat, alle das Aluminium betreffenden wissenschaftlichen und technischen Fragen zu studieren und diesem Metall schließliche auch die oben erwähnte Ausbeutung, die sehr einträglich den hohen Stand der Aluminiumindustrie vor Augen führte. In den größten Aluminiumverbraucher zählt wohl die Elektrotechnik und die Autoindustrie; sehr viel Aluminium wird heute auch für die Herstellung von Haushaltsartikeln verbraucht. Eine besondere Sehenswürdigkeit der Ausstellung war ein fast gänzlich aus Aluminium hergestelltes Junkers-Flugzeug sowie ein aus Aluminiumblech gebau-

werkstoffsinternationale und zur dritten Internationale zu gehen, stellt ihnen scheinbar der Mut. Aber Augenblicke lassen sie die Mitgefühlsmassen über den einen oder andern Anschluß abstimmen, der Anschluß an Moskau wird jedesmal mit überwältigender Mehrheit von den Massen abgelehnt und dann erklären die Norweger gelassen: Die freundschaftlichen Beziehungen werden mit Moskau aufrecht erhalten. Die Norweger werden sich wohl noch entschließen müssen, für sich eine eigene Internationale zu gründen. Dann können sie wenigstens einmal zu einem Beschluß kommen!

Angestelltengehälter in Rußland

Bekanntlich sind die Angestelltengehälter in Rußland durch feste Tarife geregelt, die für alle staatlichen und privaten Institutionen obligatorisch sind. Trotzdem sind die Gehälter in Wirklichkeit außerordentlich verschieden. Das offizielle Wirtschaftsorgan „Ekonomscheskaja Sibirskaja“ weist auf die interessante Tatsache hin, daß die Gehälter in den staatlichen Institutionen wesentlich von denen abweichen, an denen das private Kapital beteiligt ist. So erhält in der russischen Kommerzbank (an der Privatkapital beteiligt ist) ein Vorstandsmitglied 1800 Rubel, während derselbe Beamte in der Staatsbank 600 Rubel und in der (staatlichen) Genossenschaftsbank 350 Rubel erhält. Ein Buchhalter bezieht in der ersten Bank 450 Rubel, in der letzten 300 Rubel.

Dasselbe Blatt sagt über ein unbeschreibliches Chaos bei der Festlegung der Gehälter bei den staatlichen Behörden. So erhält ein Abteilungsleiter im Ressort für Volkswirtschaft 500 Rubel, im Finanzressort 200 Rubel, im Ressort für Volksbildung 120 Rubel. Die niedrigste Beamtengruppe erhält bei einer Behörde 14 Rubel, bei anderen 15, 18, 20, 34 für dieselbe Arbeit.

Diese Erregungen sind nur unter einer allmächtigen Bürokratie möglich, die sich durch keinerlei Tarife gebunden fühlt.

Die amerikanische Einwanderungsfrage

Die amerikanische Regierung hat durch ein Gesetz die Einwanderung außerordentlich erschwert. Der Standpunkt der Regierung hat in letzter Zeit zu einem ernstlichen Konflikt mit der japanischen Regierung geführt. Auch die amerikanischen Gewerkschaften stützen das Vorgehen der Regierung. Wie durch den JSS mitgeteilt wird, ist Samuel Compers, der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, und John Quinn, der Vorsitzende der American Legion (Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer) gemeinsam gegen die unbefristete Einwanderung aufgetreten. Beide haben auf die großen Gefahren hingewiesen, die entstehen, falls die Einwanderung nicht ganz unmöglich gemacht oder aufs strengste beschränkt wird. Einwanderung bedeute eine Verschlechterung des Lebensstandards; der Arbeiter Amerikas. Bekanntlich hat die Einwanderungsbeschränkungs-vorlage im amerikanischen Parlament eine große Mehrheit. Sie legt den Prozentsatz, berechnet nach der im Jahre 1910 in den Vereinigten Staaten festgestellten Zahl von Angehörigen fremder Länder, von 3 auf 2 v. H. herab. Die Zahl der Einwanderer pro Jahr würde demnach von 357 000 auf 169 000 sinken. Die Großindustrie ist natürlich gegen die Beschränkung, da sie in ihr eine Hochhaltung der Löhne erblickt. Die Haltung der amerikanischen Gewerkschaften mag fürs erste unbeständig erscheinen, doch ist sie nur das Resultat bitterer Erfahrung. Die aus den wirtschaftlich mifabel stehenden Ländern kommenden Arbeiter arbeiten in der Regel für weniger Geld und unter schlechteren Arbeitsbedingungen und werden somit den organisierten Einwanderern vorgezogen. Je größer und unregelmäßiger also die Einwanderung ist, um so mehr wird sie eine Gefahr für die Lebenshaltung der heimischen Arbeiterschaft.

Vom japanischen Gewerkschaftskongreß

Der 13. Jahreskongreß des japanischen Gewerkschaftsbundes (Nihon Rodo Sodomei) tagte vom 10. bis 12. Februar in Tokio. Der gegenstand betrifft die künftige Haltung dem Parlamentarismus gegenüber. Die am Schluß der langen Aussprache angenommene Entschließung berechtigt, von einer neuen Taktik zu sprechen. Die Entschließung ist so lang, um sie in wörtlicher Übersetzung hier niederzulegen. Eingangs sagt sie, die japanische Arbeiterbewegung befindet sich in einem kritischen Zustand, der es dringlich erscheinen muß, ihm durch eine neue Erklärung der Grundzüge gerecht zu werden. In Japan sei der Kapitalismus, einige Stappen überspringend, an seiner äußersten Form, dem Imperialismus angelangt, der ihn mit Absolutismus erfülle und andererseits die Entwicklung der japanischen Arbeitermassen hemme. Der Geist des Kampfes, der sich in der ganzen Welt ausgebreitet habe, auf die Spitze getrieben, die Forderungen eines Teils der japanischen Arbeiterschaft vielleicht zu sehr gesteigert, als auch verhinert, den Gewerkschaften eine beständige Meinung von der Aufgabe und den Pflichten beizubringen, die das Befreiungswort der Arbeiter bedingt. Aus diesem Grunde ist eine Minderheit von radikalen, hochgehenden Gefühlen erstarkt worden und die Bewegung hat eine etwas doktrinaire und gewalttätige Form angenommen. Dies sei zwar aus der Entwicklungsschnelligkeit und der Wesensbeschaffenheit des Kapitalismus heraus erklärlich, müsse aber den japanischen Gewerkschaftsbund veranlassen, seine Taktik im Sinne der Realpolitik zu wandeln. „Die Stunde ist gekommen,“ fährt die Entschließung wörtlich fort, „wo sich die japanische Gewerkschaftsbewegung radikal ändern und eine Volksbewegung werden muß. Anstatt sozialen Reformen gegenüber in einer absehbenden Stellung zu verharren, muß sie von nun an tatkräftige Maßnahmen ergreifen, um solche Reformen zu verwirklichen. Obwohl die Gewerkschaftsbewegung von dem bürgerlichen Parlament die völlige Befreiung des Volkes nicht erwarten kann, muß sie dennoch trachten, größtmöglichen Vorteil durch Beteiligung an den Parlamentarismen zu erlangen, wenn das allgemeine Stimmrecht eingeführt ist.“ In diesem Belohnnis, künftige soziale Reformen durch den einige japanische Zeitungen eine wichtige Wanklung, ja selbst einen neuen Zeitabschnitt in der Geschichte der japanischen Gewerkschaftsbewegung.

keine diese Ansicht doch nicht begründet zu sein. Die diesbezüglichen Informationen beziehen sich auf eine größere Anzahl erster Eisenbahngesellschaften, die insgesamt über 31 284 Lokomotiven verfügen, während die Gesamtzahl aller in den Vereinigten Staaten vorhandenen 70 000 beträgt, und lassen darauf hinaus, daß die millere Betriebslebensdauer der jetzt aus dem Betrieb gezogenen Lokomotiven rund 30 Jahre ist. Die Vergrößerung der Leistung und die Verbesserung der modernen Lokomotiven sowie die Anforderungen aus dem Verkehr zwingen die Eisenbahngesellschaften, die alten Maschinen aus dem Dienst auf den großen Verkehrsstraßen zu nehmen, was aber keineswegs bedeutet, daß Betriebsmängel die Ursache sind. Vielmehr werden diese ausstragierten Maschinen häufig noch lange Jahre auf Nebenstraßen gefahren. So erreichte eine Lokomotive ein Lebensalter von 43 Jahren, in welcher Zeit sie insgesamt 2 070 000 Kilometer durchlief. Bei den alten Maschinen wurden die Räder nur ein- oder zweimal ausgewechselt, manche Lokomotivbleche hielten sogar 24 und selbst 30 Jahre aus. Die älteren Maschinen sind alle viel leichter gebaut als die modernen, und zwar ist das Dienstgewicht (ohne Tender) der Lokomotiven für Personenzüge von 39,82 Tonnen im Jahre 1890 auf 127 Tonnen im Jahre 1920 angewachsen, während jenes der schwereren Güterzugmaschinen sich von 54,4 (1890) auf 145 Tonnen (1920) änderte. Eine Lokomotive vom Typus „Pacific“ hat innerhalb 16 Jahren 2 080 000 Kilometer zurückgelegt.

Die Aluminiumindustrie in Deutschland ist im Begriff, eine nationale Industrie zu werden. Freilich hat es zunächst den Anschein, als wären die Voraussetzungen hierfür nicht so recht gegeben. Wie man weiß, mangelt es an reichlichen, billigen Wasserkräften und ferner sind Baumaterialien ziemlich selten. Allein es ist zu berücksichtigen, daß Deutschland große Mengen billiger Kohlenkohle besitzt, die an Ort und Stelle in großen Kraftwerken in elektrische Energie umzuwandeln sind, und was den Rohstoff Bauxit anlangt, so sind in Hessen neuerdings größere Vorkommen entdeckt worden; dazu kommt, daß jüngst ein Verfahren ausgearbeitet wurde, um bestimmte Tone, die in Deutschland in bedeutenden Mengen angetroffen werden,

Motorboot, das bereits drei Jahre im Wasser lag, ohne im geringsten Anstrengungen zu zeigen. In steigendem Maße findet das Metall auch in der Bierbrauerei Verwendung; hier zeichnen sich die nachfolgenden Aluminiumblech geschweißten Boitische und Behälter durch große Sauberkeit, insbesondere durch Freisein der im Gärungsgewerbe gefährlichen Schmutzwinkel aus. Als besondere Neuheit seien die nach dem Schoophschen Spritzverfahren aluminiumierten Rohstoffe für Feuerungen erwähnt, die eine sehr viel höhere Lebensdauer aufweisen als die gewöhnlichen. Daß heute bereits Aluminiumalloyen hergestellt werden, dürfte den wenigsten bekannt sein. Durch Legieren des Aluminiums mit anderen Metallen ist man imstande, diesem Metall alle erwünschten Eigenschaften zu geben, wie Härte, Zähigkeit, Gleichmäßigkeit, Unangreifbarkeit gegen gewisse Agenzien usw., und zwar unterchiedel man heute im allgemeinen die folgenden Legierungen: die amerikanische und Zinn, dazu kommt das „Stalumin“ (Nitziumhaltig), das Duralumin (Aluminium Kupfer und Magnesium enthaltend), das Aludur, Elseron, Aluminiumindustrie sei hier eine kleine Reminiszenz angeführt. Als vor etwa 30 Jahren dem bekannten Metallurgen Deurol gelungen war, das Aluminium aus elektrolytischem Wege billig und in jeder gewünschten Menge zu erzeugen, wandte er sich zwecks Aufnahme der über freie Wasserkräfte verfügte und einen neuen Fabrikationszweig aufzunehmen, holte jedoch vorher noch das Gutachten eines Professorens Herrn Augerie sich nun sehr pessimistisch und meinte, die einzige Verwendungsmöglichkeit sehe er in der — Einfassung von Brillengläsern des Metalls vollauf genügen. Die Schweizer Firma ließ sich aber nicht beirren und nahm als erste die Aluminiumfabrikation auf, die heute von größter technischer und wirtschaftlicher Bedeutung geworden ist.

Gewerkschaften, „Bonzen“, Spaltpilze

Von einem alten Verbandskollegen wird uns geschrieben: Die Arbeiter schufen sich Organisationen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Belange.

An die Spitze ihrer Organisationen stellten die Arbeiter ihre Pfaffen und taftkräftigsten Kollegen als Vertrauensmänner, als Führer.

Der nach dem Kriege einsetzende gewaltige Zustrom neuer Mitglieder in die Gewerkschaften machte es schierlich unmöglich, mit den vorhandenen Kräften diesen gestürzten Massen auch nur die einfachsten Begriffe gewerkschaftlicher Arbeit und Pflicht beizubringen.

Da sich nun diese Hoffnungen nicht erfüllen, nicht erfüllen konnten, so waren es natürlich die bösen Führer, diese „Bonzen“, die die Schuld daran tragen, daß sich die Hoffnungen der „revolutionären Massen“ nicht erfüllen.

Die Zahl der Arbeiter ist heute mitwundern, was leicht erklärlich ist. Der Weltkrieg und der ihm folgende Zusammenbruch steigerten das Elend ins Ungeheuerliche.

Die Zahl der Arbeiter ist heute mitwundern, was leicht erklärlich ist. Der Weltkrieg und der ihm folgende Zusammenbruch steigerten das Elend ins Ungeheuerliche.

„Nun, „Kommunisten“ machen sich die Kritik leicht. Da sie selbst an den Verhältnissen auch nichts ändern können, so ist ihre Rühmliche Lebensart: Es muß etwas geschehen! Fragt man: Was denn?

Den „revolutionären“ Schreihäuten kommt es ja auch nicht auf die Vertretung der Arbeiterfrage an. Was kümmert diese Leute Dinge wie Arbeitszeit, Arbeitsrecht, Tarifvertrag, Erwerbslosenfürsorge, Mitbestimmungsrecht?

Je leichter Zeit erfüllt die kommunistische Zentralrat wieder eine ausgedehnte Tätigkeit gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften und ihre Leitungen.

Sollen in Kürze die von den Kommunisten gewollten „revolutionären“ Zentralratverträge auf dem Plan erscheinen, so werden die in diesen Zentralratverträgen organisierten Kollegen nicht ohne Belesen belehrt werden.

Völlige Arbeiterfallen

Der Zusammenhang des deutschen Wirtschaftswandels mit seiner sozial rechtlichen Folgen hat viele Arbeiter veranlaßt, den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren.

Auch die verschiedenen völkischen Parteien gehen mit ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ hausieren, so die nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ und die im Januar in Stuttgart gegründete „Deutsche Arbeiterpartei“.

All diese Organisationen sind im Wesen gleich. Sie lehnen jede Bindung mit den „internationalen Klassenkampforganisationen“ ab.

Der Zweck der völkischen Arbeiterorganisationen, die wie Pilze aus der Erde schießen, liegt klar auf der Hand. Man will für die völkischen Parteien Stimmen fangen.

Nach der Wahl haben wir nun Gelegenheit, das Treiben dieser gelben Sumpfpflanzen zu beobachten. Sie haben nun vorläufig ihren Zweck erfüllt und lassen die Hülle fallen.

Die Zahl der Erwerbslosen

Von amtlicher Stelle werden etwa alle 14 Tage Angaben über den Umfang der Erwerbslosigkeit veröffentlicht, aus denen in den letzten Wochen ersichtlich wurde ein Rückgang zu erkennen war.

Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland ist im April 1924 auf 476.000 gesunken. Das sind 13,4 Millionen weniger als im April 1923.

Hemmt der Achtstundentag die Produktion?

Daß dies nicht der Fall ist, beweisen verschiedene großindustrielle Unternehmungen, die trotz allen Geschreies den Achtstundentag aufrecht erhalten.

Der Rückgang des Fleischverbrauchs in Deutschland

Table with 2 columns: Year (1922, 1923) and Meat types (Lamb, Cattle, Pigs, Horses). Shows a general decrease in consumption.

Der Zahl nach bedeutet das in den einzelnen Arten einen Rückgang bei Lämmern auf 63,18 v. H., Kälbern auf 81,13 v. H., Schweinen auf 63,63 v. H., Schafen auf 60,75 v. H. der Vorjahreszeit.

Table with 2 columns: Year (1913, 1921, 1922, 1923) and Meat types (Inland consumption, Foreign consumption, Total). Shows a significant increase in total consumption.

Otto Schulz †

Wieder hat der Tod einen Alten dahingerafft. Aus Hamburg kommt die traurige Kunde, daß Otto Schulz in der Nacht vom 10. zum 11. Mai nach längerer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Wieder hat der Tod einen Alten dahingerafft. Aus Hamburg kommt die traurige Kunde, daß Otto Schulz in der Nacht vom 10. zum 11. Mai nach längerer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Angegangene Schriften

Materialkunde für Praktiker. Heft 1: Chemische und physikalische Eigenschaften der Stoffe. Von Berzelius, Ing. L. Gammel.

Schablonenlehre für das gesamte Blechbearbeitungsgewerbe. Theorie und Praxis zum Aufzeichnen und Zuschneiden der mannigfaltigen Gegenstände.

Maschinenkunde. Leitfaden für gewerblichen Unterricht und zum Selbststudium von Carl Schmidt, Fabrikdirektor.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 25. Mai ist der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Mai 1924 fällig.

Bewerbungen zum Frauenturmus in Tinz

Am 1. August d. J. beginnt an der Heimvolkshochschule in Schloß Tinz bei Gera (Reuß) ein Frauenturmus.

Seine Dauer ist fünf Monate. Dieser Kursus soll dazu dienen, die Teilnehmerinnen zu schulen, ihnen Kenntnisse auf den für die moderne Arbeiterbewegung wichtigen Gebieten zu vermitteln.

Die Teilnehmerinnen, die auf die Reise gehen, haben sich unter Vorlage ihres Mitgliedsbuches bei der Ortsverwaltung ihres bisherigen Arbeits- oder Wohnortes abzumelden.

Mitglieder, die auf die Reise gehen, haben sich unter Vorlage ihres Mitgliedsbuches bei der Ortsverwaltung ihres bisherigen Arbeits- oder Wohnortes abzumelden.

Die Entlohnung von Extrabeiträgen wird nach § 8 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 2 columns: Verwaltung (Bergedorf, Gelsenkirchen, Lauenburg a. Elbe, Leipzig) and Betrag der Extrabeiträge (I, II, III, IV, V).

Die Rückzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Waggeburg.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Rottlilien: Der Kernmacher Josef Strittmatter, geb. am 21. September 1881 zu Zürich.

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten: von Elektromonturen nach Hamburg St.; nach Wiesdorf am Rhein L.

von Feltenbauern und Schleifern nach Brandenburg a. S. St.; von Feinmechanikern nach Hamburg A.

von Formern und Stahlarbeitern nach Chur t. Schweiz (Kling & Co.) D.; von Grabmalern, Schnitzhölzern und Fallhammerschmieden nach Aschaffenburg (Heinrich Kahl) D.

von Mechanikern und Optikern nach Budapest (Kard. Süß) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin D.; nach Hamburg (Bierische für Feinmechanik) A.; nach Kiel A.; nach Dornhausen (Eisenwerk Wesserschütte, A.-G.) A.; nach Salzgungen (Maschinenfabrik Salzgungen, A.-G.) A.

L = Lohnbewegung; D = Differenz; v. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; M = Maßregelung; Wt. = Wirtshaus; A. = Aussperrung.

Arbeitspendende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Entlohnung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen.

Einträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verbands-Hzeigen

Stuttgart. Die hiesige Verwaltungsstelle ersucht um die Adressen folgender Kollegen: Carl Schöpfer, Kernmacher, geb. am 13. April 1898 zu Wiesbaden, eingetragen am 27. Februar 1923 zu Stuttgart, Mitgliedsbuch Nr. 4369251; Hans Reber, Maschinenbauer, geb. am 10. Juni 1880 zu Kronberg, eingetragen am 8. Januar 1923 zu Stuttgart vom Niederländischen Metallarbeiter-Verband, Mitgliedsbuch Nr. 4766 807.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adolfsstraße 16.